

Kommunistische Ideale und grausame Kriege

Ursprünge und Entwicklung separatistischer Bewegungen in Manipur

Binalakshmi Nepram

Mehr als 2000 Jahre lang existierte das kulturell einzigartige Königreich Manipur als politisch eigenständige Einheit. Die Einheimischen nannten es „Kangleipak“, die Burmesen „Kathes“, die Shan „Cassay“, die Chinesen „Hsaio Po-lo-mein“, die Assamesen „Meckley“. Erst 1891 wurde Manipur von den Briten kolonialisiert. Nach einer zweijährigen Phase der Unabhängigkeit ist es seit 1949 Teil der indischen Union – ein erzwungener Anschluss, glauben bis heute viele Manipuris.

Ein fruchtbares Tal, umgeben von neun Bergketten – landschaftlich ist Manipur einer der schönsten Flecken im Süden Asiens. Ebenso vielfältig wie die Natur sind Geschichte, Kultur und Bevölkerung des einstigen Königreiches. Die Vorfahren der Manipuris stammen aus Südost- und Ostasien. Schon vor Jahrtausenden ließen sie sich im Gebiet des heutigen Manipur sowie in den angrenzenden Lushai-Bergen (Mizoram) und den Chittagong Hill Tracts (Bangladesch) nieder.

Die Mehrheit der heute 2,2 Millionen Einwohner gehört der Volksgruppe der Meitei an, die vor allem im Tal um die urbanen Zentren Imphal und Moirang siedelt. In den Bergen Manipurs leben Dutzende weitere Ethnien – im West und Nordwesten des Imphal-Tals die Kabui, im Norden die Mao und Maram, im Nordosten und Osten die Thangkul. Hinzu kommen Anal, Tarao, Moyon, Mousang und Lamkang, die vorwiegend im Süden und Südosten siedeln. Im Südwesten leben Thadous, Kuki und Paitei. Bergbewohner wie die Kom, Chothes, Koireng und Chiru vervollständigen die Liste der Gemeinschaften, die über Jahrhunderte friedlich zusammenlebten.

Seit Beginn der Geschichtsschreibung im Jahr 33 haben Manipurs Historiker in der antiken Chronik *Cheitharol Kumbaba* insgesamt 74 Meitei-Könige aufgelistet, die das Land bis 1891 ununterbrochen regierten. Danach markierte der Einmarsch der britischen

Kolonialtruppen das vorläufige Ende der staatlichen Souveränität.

Umstrittenes „Fusionsabkommen“

Als die Briten im Sommer 1947 ihre Kolonien in Südasien aufgaben, wurde auch Manipur wieder unabhängig. Noch im selben Jahr ließ Maharaja Budhachandra (oder: Bodh Chandra) eine neue Verfassung für sein Königreich ausarbeiten. Der *Manipur Constitution Act* von 1947 war der Versuch, eine konstitutionelle Monarchie und damit ein demokratisches Regierungssystem einzuführen. 1948 wählten die Manipuris ein Parlament mit 53 Volksvertretern. Mehrere Parteien aus dem Tal und den Bergen bildeten die erste Koalitionsregierung des unabhängigen Manipurs, den Ministerrat. Der Maharaja ernannte – gemäß der Verfassung – den Ministerpräsidenten, seinen Bruder Maharaja Kumar Priyabrata. Die Nationalversammlung nahm am 18. Oktober 1948 die Arbeit auf.

Knapp ein Jahr später, im September 1949, lud der damalige Gouverneur des bereits zu Indien gehörenden Unionsstaates Assam Manipurs König Budhachandra zu Gesprächen in die alte britische Sommerhauptstadt Shillong ein. Gleich bei der ersten Zusammenkunft am 18. September legte der Gouverneur dem Maharaja ein fertig formuliertes „Fusionsabkommen“ vor, nach dem Manipur Teil der Indischen Uni-



Down with Mayang Regime – Nieder mit der Fremdherrschaft: Graffiti in Manipurs Hauptstadt Imphal.

on werden sollte. Budhachandra verweigerte seine Unterschrift, bot jedoch an, die Angelegenheit mit seinem Ministerrat in Imphal zu diskutieren. Doch indische Soldaten verweigerten ihm die Rückreise und stellten ihn in seiner Shillonger Residenz unter Hausarrest. Am 21. September unterzeichnete Budhachandra das „Fusionsabkommen“, mit dem Manipur erneut seine Unabhängigkeit verlor und binnen weniger Tage alle Staatsgewalt an die indische Zentralregierung abtreten musste.

Die Öffentlichkeit in Manipur erfuhr erst am 15. Oktober von dem Abkommen – an dem Tag, als die Nationalversammlung und der gewählte Ministerrat mit sofortiger Wirkung aufgelöst wurden. Diese dramatische Wende der Geschichte war der Beginn des Widerstands gegen den indischen Einfluss in Manipur.

Kommunistischer Widerstand

Zahlreiche Intellektuelle gingen daraufhin in den Untergrund, um gegen

die neuen „Besitzer“ zu kämpfen. Einer von ihnen war Hijam Irabot Singh, der Chef der Kommunistischen Partei und Abgeordneter des aufgelösten Parlaments. Bereits nach Abzug der Briten hatte er sich kritisch über das von Maharaja Budhachandra etablierte Regierungssystem geäußert. Für ihn war die Einführung der konstitutionellen Monarchie nicht mehr als ein Machttransfer des alten Adels auf eine neue Bourgeoisie. Irabot wollte mehr. Er wollte eine Herrschaft des Volkes errichten und hatte dafür im August 1948 die erste Kommunistische Partei in Manipur gegründet. Nun sah er die Chance dafür gekommen.

Nach dem Anschluss an Indien ging aus der Partei die bewaffnete *Red Guard Army* – die Rote Garde – hervor. Anfang 1950 verstärkten Irabots Kommunisten ihre Agitation im Imphal-Tal und den angrenzenden Bergen. Es gab zahlreiche Geheimgesamter, überall wurden Flugblätter und Plakate verteilt, mit denen die Bevölkerung zum Widerstand gegen die indischen Machthaber aufgerufen wurde. Zudem begannen Parteikader, Freiwillige aus der Region im Umgang mit Waffen zu schulen.

Doch die politisch Verantwortlichen sahen dem nicht tatenlos zu und setzten auf militärische Repression. Vor allem Einheiten der paramilitärischen Assam-Rifles und Manipur-Rifles kamen gegen die Aufständischen zum Einsatz. Und bereits im Mai 1950 wurden zwei der vier führenden Kader der Kommunistischen Partei festgenommen – Mohendra Singh und Thokchom Boro, der Kommandeur der Roten Garde. Irabot selbst hielt sich in Burma versteckt, wo er versuchte, Kontakte zu dortigen Kommunisten zu knüpfen.

Seine Bemühungen waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt. Zwar gab es zahlreiche Treffen mit Gesinnungsgenossen im Nachbarland. Auch in Manipur blieben die Kommunisten dank ihrer Propaganda präsent – so leuchteten beispielsweise in vielen Dörfern



Schrein nahe Imphal: Viele Manipuri praktizieren die indigene Religion Sanamahi Laishang, bei der die Verehrung der Kräfte der Natur wie Sonne, Erde und Wasser, aber auch der Berge und des Waldes eine wichtige Rolle spielen.

rote Stofflaternen, die so genannten Podons. Eine Massenbewegung konnten sie jedoch nicht entfachen, so dass die politischen Geschicke der Region weiterhin mit Vehemenz und eiserner Hand aus Neu Delhi gesteuert wurden. Das endgültige Aus für die junge Bewegung kam im September 1951. Auf der Rückreise aus Burma starb Irabot unerwartet an einer schweren Krankheit.

Neue Organisationen im Untergrund

Obwohl sich die Lage in Manipur in den folgenden Jahren scheinbar nor-



Bewaffnete Angehörige der Manipur People's Liberation Front (MPFL).

malisierte, blieb die Ablehnung gegenüber der oft repressiven Politik der Machthaber im entfernten Neu Delhi bestehen. Ein Grund dafür war, dass das alte, stolze Königreich im Rahmen der indischen Verfassung als „C-Staat“ behandelt wurde. Das heißt, ein direkt dem indischen Staatspräsidenten unterstellter Bevollmächtigter der Zentralregierung bestimmt die politischen Geschicke Manipurs, ohne dafür von der einheimischen Bevölkerung demokratisch legitimiert worden zu sein. Das änderte sich erst 1972, als Manipur ein eigenständiger Unionsstaat innerhalb der indischen Union wurde – mit gewählter Regierung und zahlreichen weiteren Rechten.

Doch die Unzufriedenheit hatte bis dahin längst einen neuen Siedepunkt erreicht, denn zur politischen Bevormundung kam eine wirtschaftliche und sozioökonomische Vernachlässigung der Region, unter der viele Manipuris litten. Im Angesicht von Arbeitslosigkeit, stagnierender Entwicklung, mangelhafter Gesundheitsversorgung und Armut wünschten sich viele eine Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit, eine Wiedererweckung des unabhängigen Manipur.

Eineinhalb Jahrzehnte nach dem Tod Hijam Irabot Singhs wurde in Manipur eine neue Untergrundorganisation gegründet, die *United National Liberation Front* (Vereinigte Nationale Befreiungsfront, UNLF). Die von Männern wie Arambam Somrendro, N. Pahari, Oinam Sudhir Kumar, A.K. Nilakomol und N. Sana-jaoba angeführten Bewegungen war Wegbereiter für den Aufbau weiterer bewaffneter Meitei-Gruppen. Dazu gehörten in den späten 70er Jahren:

- *People's Liberation Army* (Volksbefreiungsarmee, PLA)
- *People's Revolutionary Party of Kangleipak* (Revolutionäre Volkspartei von Manipur (PREPAK))
- *Kangleipak Communist Party* (Kommunistische Partei Manipurs, KCP)

Im Jahr 1980 erklärte die indische Zentralregierung Manipur zum Unruhegebiet und ging gegen alle bewaffneten Organisationen vor. Im September desselben Jahres trat auch der drakonische *Armed Forces Special Powers Act* (AFSPA) in Kraft. Nach Ansicht von Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International* und *Human Rights Watch* verstößt dieses Sonderermächtigungsgesetz nicht nur gegen internationale Standards, sondern auch gegen die indische Verfassung, da es Armee und Paramilitärs faktisch unbeschränkte Machtbefugnisse einräumt. So können Sicherheitskräfte ohne richterliche Anordnung Menschen verhaften. Zudem haben sie das Recht, Verdächtige gezielt zu töten – selbst wenn das eigene Leben nicht in Gefahr ist. Konsequenzen müssen sie nicht befürchten, denn AFSPA gewährt den Soldaten Schutz vor Strafverfolgung.

Mit dem in Kraft setzen von AFSPA wurde aus der bewaffneten Unabhängigkeitsbewegung ein grausamer Krieg, der auch vor der Zivilbevölkerung keinen Halt macht. Menschenrechtsgruppen in der Region geben an, dass seit 1980 in dem eskalierenden Konflikt jedes Jahr mehrere Hundert Menschen – Zivilisten, Aufständische, Sicherheitskräfte – ums Leben gekommen sind.

Mörderischer „Krieg im Krieg“

In den 90er Jahren entwickelte sich in Manipur eine neue Dimension – ein „Krieg im Krieg“. Seit dem Anschluss an Indien kämpften die Aufständischen ausschließlich gegen die Zentralregierung in Neu Delhi und die indische Staatsgewalt. Doch der Konflikt ist inzwischen auch zu einer mörderischen, für alle Seiten verheerenden Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Ethnien in Manipur geworden.

Eines der größten Gemetzel, das der indische Nordosten jemals gesehen hat, fand zwischen Volksgruppen aus

Manipurs Bergen statt – den Thangkul und anderen Stämmen, die sich selbst als Naga bezeichnen, sowie den Kuki. Zwischen 1992 und 1997 forderte allein dieser Konflikt mehr als 700 Menschenleben. Hunderte weitere Menschen wurden verletzt, mehr als 5000 Häuser niedergebrannt. Fast 40000 Kuki wurden in die Flucht getrieben.

Ursache für die blutigen Auseinandersetzungen war ein3 Erhöhung der Abgabe, die militante Gruppen von den Einwohnern der Bergregionen einforderten. Eine der mächtigsten Organisationen, der Sozialistische Nationalrat Nagalands (*National Socialist Council of Nagalim*, NSCN/IM), begann im Jahr 1992 statt der bishe-



Patrouille der indischen Armee in Imphal.

rigen 10 Rupien, 100 Rupien pro Haus zu verlangen. Während sich Angehörige der Naga-Stämme dem Diktat der NSCN/IM beugten, verweigerten Angehörige der Kuki die Abgabe. Die Kuki hatten kein Interesse an den politischen Ambitionen der Naga, deren Ziel nicht nur die Unabhängigkeit Nagalands, sondern die Vereinigung aller von Nagas bewohnten Gebieten in Arunachal Pradesh, Assam und Manipur zu einem souveränen „Groß-Nagalim“ – dem so genannten Nagalim – ist. Als Reaktion begannen die Kuki eigene bewaffnete Gruppen zu gründen – darunter die *Kuki National Front* (Nationale Kuki-Front, KNF) und die *Kuki National Army* (Kuki Natio-

nal-Armee, KNA) – die nun ihrerseits einen eigenen Staat fordern.

Heute gibt es in Manipur etwa 30 bewaffnete Gruppen. Während die in den 70er Jahren gegründeten und sich auf das Erbe Hijam Irabot Singhs berufenden Meitei-Organisationen nach wie vor gegen die indische Staatsmacht und für die Unabhängigkeit des alten Königreichs Manipur kämpfen, verfolgen die neue Gruppen und Grüppchen der ethnischen Minderheiten in den Bergregionen zum Teil ganz eigene, oft apolitische Ziele. „Manchmal kommt es mir so vor, als ob die ethnisch motivierten Konflikte allmählich zu ordinären Bandenkriegen verkommen“, sagte unlängst der Journalist Yambem Laba.

Das *South Asia Intelligence Review* fasste die Situation so zusammen: „Während der Staat in anderen Regionen des indischen Nordostens immer mehr die Kontrolle zurückgewinnt, bleibt Manipur unberechenbar und gefährlich. Gewalt, Erpressung, Willkür sowie deren massive Auswirkungen auf einfache Menschen und politische Entscheidungsträger sind Symptome für einen faktischen Zusammenbruch der Regierungsgewalt in diesem Unionsstaat.“

Übersetzung aus dem Englischen
von Stefan Mentschel.